

Niederschrift

der 23. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses
der Gemeinde Am Mellensee,
am 19.12.2023, im Gebäude Bauhof Puschkinstraße 6,
15838 Am Mellensee

Öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr **Ende:** 21:25 Uhr

Anwesende: **Bürgermeister**
Herr Krüger, Tobias (19:16 Uhr)

Fraktion UWG
Herr Keiler, Udo

Fraktion CDU
Herr Rarrasch, Torsten

Fraktion SPD
Frau Vogel, Julia

BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee
Herr Pehnert, Dirk

Sachkundige Einwohner
Frau Meisel, Brigitte
Herr Bischert, Erhard
Herr Frank, Reinhard
Herr Hürdler, Uwe
Herr Hornemann, Christian

Entschuldigt: Frau Kruppa, Judith (DIE LINKE)

Vorzeitiges Verlassen: - keiner

Anwesende

Gemeindevertreter: Herr Thiele, Andreas (CDU)

Verwaltung: Frau Gonschorek, Carolin (Teamleiterin Ordnungsamt)
Frau Gast, Ulrike (Teamleiterin Kämmerei)
Herr Sobota, Heiko (EDV, komm. TL Hauptamt)
Herr Prochno, Julian (Protokollant)

Geladene Gäste: Frau Pods, Marion (Tourismus-Stammtisch TF)

Tagesordnung

01. Eröffnung der Sitzung
02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
03. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
04. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -
05. Einwohnerfragestunde
06. Diskussion – Investitionsplanung 2024-2027
07. Präzisierung des Antrags auf BSV – Befreiung von der Hundesteuer bei Tieren aus dem Tierheim

- 08. Diskussion zur Überarbeitung des Leitkonzeptes - Schaffung Hundebadestelle Klausdorf und Aufstellung Hundekotmülleimer
- 09. Schwerpunkte für den kommenden Haushalt Wirtschaft und Tourismus
- 10. Bericht vom Tourismus-Stammtisch Teltow Fläming von Frau Pods
- 11. Sonstiges
- 12. Informationen und Anfragen

Zu 01. Eröffnung der Sitzung

Herr Keiler, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnet die 23. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Zu 02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt, es sind 4 Mitglieder des Ausschusses anwesend und der Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss ist somit empfehlungsberechtigt. Es wird darüber abgestimmt, dass Herr Prochno Protokoll führen darf, was mit 4 Ja-Stimmen einstimmig angenommen wird.

Zu 03. Änderungsanträge

Der TOP 4 soll gestrichen werden, da die Niederschrift der letzten Sitzung zu kurzfristig vorliegt. Weiterhin sollen die TOPs 9 und 10 getauscht werden, da Frau Pods Erläuterungen aus dem Tagesordnungspunkt 10 relevant sein könnten für den Punkt 9. Im gleichen Zug wird für sie das Rederecht für beide Punkte beantragt, was mit 4 Ja-Stimmen einstimmig angenommen wird.

Es kommt zu einer 2-minütigen Pause, um den Wortlaut der Vereidigung zu besorgen. Der sachkundige Einwohner der Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee Christian Hornemann wird vereidigt.

Zu 04. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -

TOP 4 entfällt.

Zu 05. Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin aus Klausdorf erkundigt sich über das geplante Budget für den Straßenabschnitt Finkenschlag/ Hohe Föhren, da der Bürgermeister in der letzten Gemeindevertretersitzung dieser Straße Priorität gegeben hat, aber die finanziellen Mittel fehlen. Die Einwohnerin hat jetzt allerdings gesehen, dass verschiedene andere Straßen im Investitionsplan bereits mit hohen Summen eingeplant sind und warum ihre Straße nicht berücksichtigt wird.

Die Kämmerin erklärt, dass die von der Anwohnerin angesprochenen Straßen bereits beschlossene Maßnahmen aus dem Haushalt 2022 sind. Ihre Straße ist mit einem Ansatz von 50.000€ für die Planungskosten im Investitionsplan 2024 vermerkt. Daraus muss sich ergeben, ob es eine Investition wird und dann die kompletten Mittel eingestellt werden oder es sich um eine Reparatur handelt, die im Investitionsplan nicht auftaucht.

Der Ortsvorsteher Rehagens bittet für den Tagesordnungspunkt 6 um Rederecht, was mit 4 Ja-Stimmen einstimmig angenommen wird.

Zu 06. Diskussion – Investitionsplanung 2024-2027

Die Kämmerin erklärt zunächst den Mitgliedern des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses den Aufbau des Investitionsplans. Er ist zunächst nach Kostenträgern sortiert, um aufzuzeigen für welchen Bereich die Kosten anfallen und die Jahreszahlen zeigen auf, in welchem Haushaltsjahr der Ansatz geplant wird. Alle zugearbeiteten Ansätze der Fachabteilungen wurden eingearbeitet. Sie erklärt weiterhin an einem Beispiel die Abkürzung, in dem Beispiel „I 22“ steht dafür, dass die erste Investitionsplanung aus dem Jahr 2022 stammt und für die Folgejahre auf der gleichen Investitionsnummer diese Investition fortgeschrieben wurde.

Der Neubau der Grundschule ist für das Jahr 2024 mit 200.000 € eingeplant um anzuzeigen, dass dort eine Planung kommen wird.

Ein Mitglied der Fraktion CDU fragt, ob es sich bei dem Posten „Verwaltung Büromöbel Tische“ um die Ausstattung des Schulcontainers Sperenbergs handelt. Die Kämmerin verneint dies und informiert ihn, dass der Schulcontainer bereits mit Möbeln bestückt wurde.

Rückfragend erkundigt sich das Mitglied darüber, dass der Bau der Grundschule zwar geplant ist, aber es noch keinen festen Standort gibt. Die Kämmerin erklärt, dass hierfür extra ein neuer Kostenträger erstellt wurde, da man sich die Optionen offenhalten will, ob es zu einem Anbau an einer vorhandenen Grundschule kommt oder ein komplett neuer Bau wird.

19:16 Uhr: Der Bürgermeister betritt den Sitzungssaal.

Die Kämmerin weist darauf hin, dass es sich bei dem Plan nur um einen ersten Entwurf handelt, der zur ersten Diskussionsgrundlage und Beratung dient. Er soll aufzeigen was geplant ist und sollten weitere Punkte erarbeitet werden, werden diese in den Plan entsprechend eingepflegt.

Ein Mitglied der Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee fragt ob die Ortsbeiräte im Januar beteiligt werden. Die Kämmerin verneint dies und erklärt, dass die Ortsbeiräte normalerweise erst beteiligt werden sobald der Haushalt steht.

Weiter fragt das Mitglied unter welches Produkt das Projekt Hohen Föhren fällt, sollte es ein Sanierungsfall werden und somit nicht im Investitionsplan auftauchen. Die Kämmerin antwortet, es würde sich um den Bereich „541 Gemeindestraßen“ handeln.

Außerdem fragt besagtes Mitglied, ob die SOPO (Sonderposten) immer Fördermittel sind und ob diese bereits zugesagt sind oder noch in Hoffnung. Die Kämmerin erklärt, dass diese noch in Hoffnung sind, aber so eingeplant wie sie berechnet wurden, wie die Verwaltung diese erhalten würde.

Das Mitglied fragt, was es mit der Spalte „nachrichtlich Ansatz“ auf sich hat. Hierzu erklärt die Kämmerin, dass diese Spalte sich auf den Ansatz des Vorjahres (hier 2023) bezieht.

Als nächstes möchte das Mitglied wissen, ob die Frist der Fördermittel für das Gemeindehaus Gadsdorf noch eingehalten werden kann, da dieses Projekt um 1 Jahr verschoben wird.

Der Bürgermeister hatte am 19.12. ein Gespräch zum Stand des Projekts, jedoch nicht bezüglich zu den Fördermitteln. Es wurde über die generell gestiegenen Kosten geredet, weil es der gleiche Planer ist, der für die Feuerwehren verantwortlich ist.

Das Mitglied spricht sich bei dem Punkt „geringwertige Güter Tourismus“ für die Displaytafel aus und wünscht sich, dass diese über Rollen verfügt, damit diese auch in den Sitzungsraum transportiert werden kann. Ebenfalls ist das Mitglied auch für die Anschaffung des neuen Festzelts und schlägt vor sich hier mit der Nachbargemeinde Zossen abzustimmen, dass man das gleiche System nimmt. Dadurch kann man im Fall einer größeren Veranstaltung Absprachen halten und sich diese gegenseitig leihen.

Es wird ebenfalls der Posten „Bauhof“ angesprochen, da dort bereits Gelder für die Planung und den Bau eingestellt wurden. Das Mitglied erkundigt sich, ob für die Handlungsfähigkeit des Bürgermeisters noch ein Beschluss benötigt wird. Der Bürgermeister erklärt, dass aktuell 4 Optionen für einen neuen Standort des Bauhofs vorhanden sind und diese bereits im Bauausschuss besprochen werden. Ein Beschluss wird erst benötigt, sobald sich für eine Option entschieden wurde.

Als nächsten Punkt spricht das Mitglied die 2 Bushaltestellen an. Da es im letzten Jahr keine gab, sind diese dem Mitglied zu wenig, weil die Gemeinde bis zum Jahr 2025 barrierefrei sein soll. Hier wird sich gewünscht, sofern möglich, auf 4 Haltestellen hoch zu gehen.

Der Bürgermeister erklärt an dem Beispiel der Haltestelle „Schule Mellensee“, dass die Gemeinde selbst für die Entwässerung der Fahrbahn sorgen müsste. Hierzu möchte der Bürgermeister erneut ins Gespräch gehen, da die Kosten mit der zusätzlichen Regenentwässerung zu hoch werden würden.

Das Mitglied fragt weiter, was man sich unter dem Punkt „Ankauf von Grundvermögen“ genau vorstellen kann. Die Kämmerin erklärt, dass dies bspw. Vermessungskosten oder Notarkosten beim An- oder Verkauf von Grundstücken beinhaltet.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD fragt die Kämmerin, ob die investiven Ermächtigungen für nicht vollendete Investitionen von 2023 auf 2024 übertragen werden. Die Kämmerin meint, dass es von der Investition abhängt. Wenn es absehbar ist, dass die Gelder oder Investitionen noch benötigt werden, dann werden sie vorgetragen.

Er lässt sich von der Kämmerin versichern, dass es sich hierbei um einen 1. Entwurf handelt und möchte wissen, ob sie bereits sagen kann wie hoch die liquide Absicherung ist. Die Kämmerin versichert, dass sie aktuell noch bei dem Erfassen der Aufwendungen und Erträge ist und erst danach detaillierte Aussagen treffen kann. Er fragt daraufhin, ob die Kämmerin einen ungefähren Zeitplan hat, wann der Haushalt fertig ist. Die Kämmerin legt sich hierzu nicht fest.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion UWG hätte gern eine Konkretisierung des Punkts „Zuweisung für Straßen“. Dazu kann die Kämmerin keine Auskunft geben, da es sich um Zahlen handelt, die sie von den Fachämtern zugearbeitet bekommt. Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD erklärt, dass die Beiträge für den Straßenbau nach dem Kommunalabgabengesetz weggefallen sind. Dafür bekommen die Gemeinden einen Ausgleich vom Land, im Gegenzug muss die Gemeinde die Beträge berechnen für die Sanierung der Straßen, die dem ehemaligen Beitragsrecht unterliegen. Danach wird ein Abgleich erstellt zwischen dem, was die Gemeinden erhalten haben und was sie ausgegeben haben.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE fragt zum Verständnis nach, dass wenn eine Jahreszahl unter einer Investitionsnummer auftaucht, dies bedeutet, dass es in diesem Jahr zu einer neuen Aufgabe kommt. Dies bejaht die Kämmerin.

Der sachkundige Einwohner hat Fragen zu diversen Summen und deren Zusammensetzung, die sich alle durch neue Aufgaben bei den besagten Punkten erklären lassen.

Seine letzte Frage bezieht sich auf den Posten des Bauhofs und ob man bereits weiß, wo der neue Bauhof errichtet werden soll. Die Kämmerin verneint dies. Der sachkundige Einwohner ist daraufhin verwundert, warum bereits Geld eingeplant ist und ob dieses für den alten Standort gedacht ist. Die Kämmerin erklärt, dass der Bauhof aufgrund der Lage, der Größe und der Ausstattung nicht mehr ordentlich arbeiten kann und das Geld für die Planung gedacht ist.

Ein Mitglied der Fraktion CDU fragt, wo die neuen Feuerlöschbrunnen gebaut werden sollen. Die Teamleiterin des Ordnungsamts hat mit dem Gemeindebrandmeister Rücksprache gehalten und die beiden neuen Brunnen sollen in Sperenberg und Mellensee gebaut werden.

Der Vorsitzende lässt über das Rederecht für den Gemeindebrandmeister abstimmen, was ihm mit 4 Ja-Stimmen einstimmig zugesagt wird. Der Gemeindebrandmeister erklärt, dass dies ein fortlaufender Posten ist, da Jahr für Jahr an entsprechenden Stellen neue Brunnen gebaut werden. In Sperenberg soll der Brunnen im südlichen Teil der Stadt und in Mellensee im Ahornweg gebaut werden, über die Reihenfolge kann man lässt sich keine Auskunft geben. Das Mitglied der Fraktion CDU fragt weiter, ob man bereits weiß welche Feuerwehren neue Fahrzeuge bekommen sollen, da dieser Punkt für 2025 und 2026 erscheint. Die Kämmerin erklärt, dass es in der Vergangenheit Probleme gab, wenn dieser Punkt spezifiziert wurde, weshalb man sich jetzt allgemeiner hält.

Weiter fragt das Mitglied, was in der BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung) für die Schule Mellensee enthalten ist. Dies kann die Kämmerin nicht direkt beantworten und muss erst im Fachamt nachfragen.

19:50 Uhr: Herr Thiele, als anwesender Gemeindevertreter, verlässt den Saal.

Ein Mitglied der Fraktion SPD fragt ob es bei der Umstrukturierung der Verwaltung (Ticketsystem, CMR Software Management) Posten gibt, die bereits eingeplant sind. Der Bürgermeister antwortet, dass Programme für die IT Sicherheit und zur digitalen Ablage eingeplant sind.

Als nächstes fragt das Mitglied, ob in der Verwaltung das Thema hybrider Sitzungsdienst zur Sprache kam und wie der Stand für eine Mikrofonanlage für die Sitzungen ist. Der Bürgermeister erklärt, dass es eingeplant war, es allerdings personell organisatorisch nicht umsetzbar war.

19:52 Uhr: Herr Thiele betritt den Saal.

Das Mitglied der Fraktion SPD wirft ein, es sei doch sinnvoll den Posten für die Mikrofonanlage für das Jahr 2024 erneut mit aufzunehmen. Die Kämmerin würde diesen Punkt gern zur Prüfung an das Fachamt übergeben, ob noch Gelder aus dem alten Ansatz vorhanden sind.

Als letztes fragt das Mitglied bezüglich des Themas einer Grundschule, ob es nicht sinnvoll wäre einen monetären Platzhalter einzustellen. Eine ungefähre Kostenschätzung soll den Gemeindevertreter*innen zeigen, welche Projekte wichtig sind und vorangetrieben werden müssen. Die Kämmerin erklärt, dass durch die ungenauen Kinderzahlen noch unsicher ist, ob man an einer bestehenden Grundschule anbaut oder einen Neubau errichtet. Durch die aktuell vorherrschende Situation in der Bauverwaltung kann derzeit niemand Angaben zur Größenordnung machen, die für eine Planung notwendig sind. Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD meint, dass es der Impuls weniger aus der Bauverwaltung, sondern mehr aus dem sozialen Bereich kommen. Es müssen aus diesem Bereich Zahlen geliefert werden, wann wie viele Kinder eingeschult werden sollen. Der Bürgermeister ist sich im Klaren, dass diese Zahlen nicht von der Bauverwaltung kommen können, jedoch benötigt er Zuarbeit durch Machbarkeitsstudien oder Lageplanung.

Der Ortsvorsteher von Rehagen möchte wissen, wo für Mitglieder des Ortsbeirats die Ausschreibung für Grünflächen im Ortsgebiet Rehagen für neue Wohnflächen einsehbar ist, die im Jahr 2024 stattfinden soll. Die Kämmerin antwortet, dass sie nicht weiß ob es eine Ausschreibung gibt, wenn es aber so wäre würde diese nicht im Investitionsplan auftauchen. Der Ortsvorsteher erklärt, dass die Pflege der Grünflächen ausgeschrieben werden soll. Die Kämmerin wird sich diesbezüglich erkundigen.

Weiterhin möchte er wissen, wie es erkennbar ist, ob es sich um eine Reparatur handelt oder eine Investition. Als Beispiel nimmt er den Zaun des Friedhofs und das Dach der Kapelle in Rehagen. Die Kämmerin erklärt, dass alle Instandhaltungsreparaturmaßnahmen für die Friedhöfe unter einem Kostenträger zusammenlaufen.

Der Ortsvorsteher fragt außerdem, wie die Ortsbeiräte der Verwaltung zuarbeiten kann und bis wann dies geschehen soll. Die Kämmerin erinnert, dass es dazu bereits ein Gespräch gab, in dem die Ortsbeiräte ihre Wünsche und Anregungen äußern konnten. In den Protokollen wurden diese aufgenommen und diese liegen dann entsprechend der Kämmerin für die Haushaltsplanung vor.

Als letztes spricht der Ortsvorsteher noch an, dass die Budgets für bspw. die Seniorenweihnachtsfeiern zu gering sind und er bittet, dass dies bitte berücksichtigt werden soll. Der Vorsitzende nimmt dies zur Kenntnis.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE möchte wissen wie sich die Gelder der Gehweginvestitionen zusammensetzen. Die Kämmerin erklärt, dass die alte Gehweginvestition aus dem Jahr 2020 ist und hier eine neue Investition geplant wurde. Hierzu wird die Kämmerin die alte Investitionsnummer erneut raussuchen, um Transparenz zu schaffen.

Ein Mitglied der Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee ist der Meinung, dass alle Investitionen, die beschlossen aber nicht aufgegeben werden, mit der Gemeindevertretung abgesprochen werden müssen. Die Kämmerin erklärt hierzu, dass die alten Investitionssummen bei dem Gehweg wieder mit eingespielt werden. Im Haushaltsplan gibt es die Investitionsübersicht, in der die alten Investitionen wiederauftauchen, es sei denn sie sind abgeschlossen und es wurde im vergangenen Jahr nichts mehr gebucht. Teile des eingeplanten Geldes werden auch für andere Projekte abgeschöpft, weswegen die Kämmerin aktuell keine klare Aussage darüber tätigen kann, wie viel davon noch übrig ist.

Der Vorsitzend bittet darum, dass die Kämmerin diese Zahlen erneut für die nächste Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss aufarbeitet. Die Kämmerin nimmt die Fragen und Anregungen für die nächste Sitzung mit.

20:10 Uhr: Herr Sobota verlässt den Saal.

Zu 07. Präzisierung des Antrags auf BSV – Befreiung von der Hundesteuer bei Tieren aus dem Tierheim

Der Vorsitzende wiederholt worum es in der BSV geht. Es sollen Hunde aus dem Tierheim von der Hundesteuer befreit werden, um die überfüllten Tierheime zu entlasten und eventuell Bürger zu dem Gedanken anzuregen ein Tier aus dem Tierheim zu adoptieren, anstatt von einem Züchter.

Ein Mitglied der Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee hätte sich in der BSV ein Aufzeigen der angesprochenen Kapazitätsgrenzen gewünscht. Das Mitglied hat die 3 Tierheime in der näheren Umgebung angerufen, wovon eines bestätigen konnte an der deren Kapazitätsgrenze zu sein, die anderen 2 jedoch nicht. Ebenfalls wurde in Berlin in einem Tierheim angerufen, wo die Steuerbefreiung bereits stattfindet. Sozial schwächere Familien bekommen bereits einen Zuschuss für den Hund. Es wird ebenfalls von Seiten Berlins eine Befristung der Befreiung empfohlen. Die Fraktion ist für die Beschlussvorlage und schlägt eine Befristung von 3 Jahren vor, für Kampfhunde müsse man diskutieren und diese eventuell nur zu 50% von der Steuer befreien.

Der Vorsitzende fragt zunächst die Verwaltung nach einer kurzen Stellungnahme. Die Kämmerin gibt zu bedenken, ob sich der Finanzausschuss diese Steuerbefreiung leisten kann. Weiterhin gibt sie zu bedenken, dass aktuell jährlich 35.700 € durch die Hundesteuer eingenommen werden.

Der Vorsitzende spricht die Option an sich vorerst nur auf kommunale Tierheime aus der Umgebung bzw. auf den Landkreis Teltow-Fläming zu begrenzen, bevor man sich eventuell auf Berlin-Brandenburg ausweitet.

Ein Mitglied der Fraktion CDU ist ebenfalls der Meinung die Befreiung zu befristen und zwar auf höchstens 2 Jahre. Aus finanzieller Sicht sieht er ebenfalls eine Erhöhung der Steuer um wenige Euro als gerechtfertigt.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD steht der BSV kritisch gegenüber und spricht an, dass in der letzten Sitzung darüber gesprochen wurde, dass der Haushalt für das Jahr 2023 gerade so ausgeglichen werden konnte und die fehlenden Einnahmen zu einem massiven Problem führen könnten.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE stimmt dem vorher gesagten zu und ergänzt, dass diverse andere Kosten bei der Anschaffung eines Hundes ebenfalls bedacht werden müssen und sich Hundebesitzer sowieso einen Hund aussuchen, der zu ihnen passt. Deshalb denkt er nicht, dass eine Steuerbefreiung die Entscheidung stark beeinflussen wird und man nur den eigenen Haushalt beschneiden würde.

Der Bürgermeister spricht außerdem die diversen Maßnahmen an, in denen darüber gesprochen wurde, dass die Gemeinde Kosten übernehmen sollte. Seines Erachtens wird es zu Erhöhungen kommen müssen, man solle nun bereits darüber nachdenken wo es dem Bürger am wenigsten schmerzt.

Der Vorsitzende fragt erneut das Mitglied der Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee zu wie vielen Tierheimen der Kontakt gesucht wurde. Besagtes Mitglied wiederholt, dass es insgesamt 4 Tierheime waren, 3 aus der näheren Umgebung und eins aus Berlin. Von dort stammt auch die wichtigste Aussage: Leute gehen nicht in das Tierheim aufgrund der Steuerbefreiung. Sie gehen dorthin um ein Tier zu adoptieren und bekommen oft die Steuerbefreiung erst nach der Genehmigung mit. In Berlin entspricht somit die Begründung (Steuerbefreiung führt zu mehr Adoptionen aus Tierheimen) nicht der Realität. Somit sieht nun die Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee ebenfalls, dass der Mehraufwand für die Verwaltung überwiegt und schlägt eine Vertagung des Beschlusses auf das Jahresende vor.

Ein Mitglied der Fraktion CDU ist gegen die Vertagung und möchte den Antrag ablehnen und mit den genannten Begründungen in die Gemeindevertreterversammlung zurückgeben.

Der Vorsitzende schließt den Punkt und bittet um eine Abstimmung, ob es zu einer Empfehlung seitens des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses für die Gemeindevertreterversammlung zu diesem Punkt kommen soll.

Abstimmungsverhältnis:

0 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

abgelehnt

Zu 08. Diskussion zur Überarbeitung des Leitkonzeptes - Schaffung Hundebadestelle Klausdorf und Aufstellung Hundekotmülleimer

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Antragsteller der CDU.

Dieser unterteilt den Antrag in 3 Teile: 1. Schaffung von Hundekoteimern im Gemeindegebiet, 2. Schaffung eines Hundebadestrandes und 3. Schaffung von Hundeauslaufflächen.

Die Satzung schreibt eine Leinenpflicht innerhalb der geschlossenen Gemeinde und im Forst vor. Es soll also Hunden und deren Besitzern die Möglichkeit zum Auslauf geschaffen werden. Ebenfalls haben Leute bei der Strandbadpächterin angefragt, ob ihr Hund irgendwo in der Nähe baden gehen könnte.

Der Antragsteller hat mit der Strandbadpächterin über die Möglichkeiten gesprochen. Der Hundebadestrand soll abgezaunt werden und mindestens 30 Meter von der eigentlichen Badestelle entfernt sein. Weiterhin würden für die Gemeinde nur wenige Kosten aufkommen, da die Pächterin selbst dafür aufkommen würde.

Die Hundekoteimer empfindet der Antragsteller als Notwendigkeit, da es immer mehr Hundebesitzer in der Gemeinde gibt und man diesen Papiertüten und Mülleimer für das Geschäft des Hundes zur Verfügung stellen sollte. Zum Kostenvergleich wird die Gemeinde Großbeeren herangezogen. Dort wurden Mülleimer für ca. 230€ aufgestellt und mit einer 5.000er Packung Tüten für 8,50€. Generell ist er dafür mehr Mülleimer in der Gemeinde aufzustellen.

Ebenfalls ist er der Meinung, dass eine Gemeinde, die Hundesteuern einnimmt und die Leinenpflicht durchsetzt, Hundehaltern die Möglichkeit für Auslaufstellen bieten sollte.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE ist der Meinung, dass dieser Beschluss hätte in 3 geteilt werden müssen, um besser darüber abstimmen zu können. Dem Vorschlag bezüglich einer Hundebadestelle steht er kritisch gegenüber, da es auf Landesebene geregelt ist, dass Hunde nicht mit an entsprechend gekennzeichneten Badestellen mitgeführt werden dürfen und das Prinzip Hundebadestellen nicht passt. Wenn die Strandbadpächterin etwas derartiges auf die Beine stellen möchte, muss sie einen Antrag stellen und versuchen diesen durchzubekommen.

Zum Thema Hundekotmülleimern spricht er von seinen Erfahrungen aus Teltow, dass Leute die Tüten für alles Mögliche benutzen und generell sehr verschwenderisch mit diesen umgehen. Für den Vorschlag des generellen Aufstellens von mehr Mülleimern spricht er sich aus, nicht jedoch für die Hundekottüten.

Hundeauslaufstellen innerhalb der Gemeinde sind ein finanzieller Aufwand und die Leinenpflicht müsste entfallen, was aus seiner Sicht wahrscheinlich eher unerwünscht ist.

Der Vorsitzende findet die Idee des Hundebadestrandes gut, da er sich selbst die Örtlichkeit angesehen hat und diese als prädestiniert empfunden hat. Außerdem könnte die Gemeinde Am Mellensee endgültig sagen, sie habe einen Hundebadestrand, wodurch das „Wildbaden“ abnehmen würde. Da sich die Pächterin des Strandbads dem Ganzen annehmen würde, spricht er sich stark für diesen Punkt aus.

Bei den Themen Hundekotbeutel und Hundeauslaufstellen muss über die Kosten diskutiert werden. Daher bittet der Vorsitzende den Antragsteller darum, den Antrag in 3 einzelne Anträge aufzuteilen, um besser über die Themen reden zu können.

Der Antragsteller nimmt das Feedback gern entgegen und ändert den Antrag entsprechend.

20:45 Uhr: Herr Thiele, als anwesender Gemeindevertreter, verlässt den Saal.

Zu 09. Bericht vom Tourismus-Stammtisch Teltow Fläming von Frau Pods

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Marion Pods vom Tourismus-Stammtisch Teltow Fläming.

Sie berichtet, dass der Tourismus-Stammtisch im Jahr 2014 der Wirtschaftswoche des Kreises Teltow Fläming entstanden ist. Ein Großteil des Tourismus ' findet in Fläming statt und um diesen in unseren Gemeinden zu fördern wurde der Stammtisch gegründet.

Im Jahr 2018 bekamen sie die Anfrage, den Wanderweg „Baruther Linie“ wieder aufleben zu lassen. Es wurden neue Schilder beauftragt und die „Baruther Linie“ wurde neu ausgeschildert. Damit die Leute entsprechend vom Wiederaufleben des Wanderwegs mitbekommen wurde ein Flyer gestaltet, der Informationen über die verschiedenen Gemeinden enthält. Ebenfalls wurden entlang des Wanderwegs Bänke samt Tisch aufgestellt, die einen QR-Code haben, der zur Baruther Linie Homepage führt. Da noch immer Wanderer fehlten, wurde am 22. Mai 2022 der „Tag der Baruther Linie“ ins Leben gerufen, an dem 120 Leute teilgenommen haben.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Auskünfte von Frau Pods.

Zu 10. Schwerpunkte für den kommenden Haushalt Wirtschaft und Tourismus

Frau Pods findet die Idee der Hundebadestelle in Klausdorf, aus Sicht einer Touristikerin, sehr gut und merkt an, dass sie noch nie eine so niedrige Hundesteuer wie in der Gemeinde Am Mellensee bezahlt hat.

20:59 Uhr: Herr Hürdler verlässt den Saal.

Ein Mitglied der Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee fragt Frau Pods, ob sie das Kartenmaterial, welches für die Flyer verwendet wird, selbst kaufen muss oder ob dies in irgendeiner Form finanziert wird. Frau Pods antwortet, dass sie diese Ausgaben selbst bezahlen. Das Mitglied schlägt vor darüber nachzudenken, bspw. das Kartenmaterial, das für die Vereine angeschafft wird, ebenfalls dem Tourismus-Stammtisch zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls wundert sich das Mitglied, woher die Personalkosten von 437.000 € im Bereich Wirtschaft und Tourismus aus dem Jahr 2023 kommen.

21:02 Uhr: Herr Hürdler betritt den Saal.

Die Kämmerin erklärt, dass der komplette Bauhof mit unter diesen Punkt fällt, da er unter der gleichen Ordnungsnummer läuft.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE kündigt an, dass sie im Januar einen Antrag für Wohnmobilstellplätze stellen wird. Er ist der Meinung, dass dies eine gute Investition für die Gemeinde wäre, da diese auch auf lange Sicht wieder Geld einspielen würde. Der Vorsitzende unterstützt diesen Punkt, weil er sich selbst auch bereits mit diesem Thema auseinandergesetzt hat und es aktuell keine Stellplätze für Wohnmobile in der Gemeinde gibt. Auch findet er, man solle die Strandbäder involvieren, da mehrere Parteien davon profitieren würden. Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass im Flächennutzungsplan in Mellensee in Richtung der Badeanstalt ein Campingplatz vorgesehen ist und ein seenahgelegener Rundweg geschaffen werden soll. Um in diesen Punkten voranzukommen wird jedoch die Bauverwaltung benötigt.

Als weitere Frage hat der Einwohner das Konzept der Elektromobilität der Gemeinde angesprochen und ob Ladestationen in Nähe des Gemeindegebäudes geplant sind. Der Bürgermeister antwortet darauf, dass dies in den Bereich des Klimamanagers fällt, der im Sommer 2024 eingestellt werden soll.

Zu 11. Sonstiges

Der Ortsvorsteher Rehagens vermisst den Punkt der „Folgekostenvereinbarung“ auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende antwortet, dass die finalen Zahlen für die Folgekostenvereinbarung noch fehlen und diese erst dann diskutiert werden können. Der Bürgermeister erklärt, dass ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bereits einige Zahlen geliefert hat, es jedoch ein Formatierungsproblem gab und diese nochmal neu geliefert werden müssen.

Ein Mitglied der Fraktion SPD erinnert den Bürgermeister erneut an das Thema Brandenburgpaket. Der Bürgermeister sagt, es gab mehrere Zuarbeiten aus der Verwaltung, jedoch ein halbes Missverständnis, aufgrund von Namensähnlichkeiten.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD fragt, ob es einen Kassensturz zu den Fördermittelanträgen der Gemeinde gibt. Der Bürgermeister erklärt, dass die Themen aufgegriffen wurden. Er macht sich eine Notiz, dass diese erneut tabellarisch aufbereitet werden. Das Problem ist, dass in der Verwaltung Personal fehlt, dass die Fördermittel beantragen kann.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE fragt, ob es noch den Wochenmarkt in Sperenberg gibt. Ein Mitglied der Fraktion CDU antwortet, dass jeden Mittwoch von 9 Uhr bis 12 Uhr ein Fleischerwagen steht, mehr aber nicht.

Außerdem spricht er die Satzung der „Kostenerstattung Gebührensatzung Leistungen Freiwillige Feuerwehr“ aus dem Jahr 2013. Die Feuerwehr hat eine Drohne und einen neuen Einsatzleitwagen, die nicht in den Leistungen auftauchen. Der Gemeindebrandmeister antwortet, dass diese Satzung aktuell in der Novellierung ist und bald aktualisiert sein wird.

Zu 12. Informationen und Anfragen

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE möchte wissen, ob es in der Gemeinde mal einen Trödelmarkt gegeben hat und wenn ja, wer hat diesen organisiert. Die Kämmerin antwortet, dass es im Herbst einen, von der Gemeinde organisierten, Seniorent Rödelmarkt im Strandbad gab. Die Idee die Trödelmärkte wiederzubeleben ist in der Verwaltung jedoch in der Überlegung.

21:25 Uhr: Der Vorsitzende bedankt sich bei allen anwesenden und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.



Keiler

Vorsitzender des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss es